

NACHRICHTEN

Für Aufhebung des Embargos

STRASSBURG: Im Konflikt zwischen dem UNO-Sicherheitsrat und Irak hat sich das EU-Parlament unter Vorbehalten für eine Aufhebung des Embargos gegen Bagdad ausgesprochen. In einem am Donnerstagabend verabschiedeten Entschluss forderten die EU-Abgeordneten den Sicherheitsrat auf, den Wortlaut der umstrittenen Resolution 1284 klarzustellen und genau zu erklären, was von der irakischen Regierung erwartet werde. Auf der anderen Seite müsse Bagdad eine Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen akzeptieren. Danach solle das Wirtschaftsembargo gegen Irak zügig aufgehoben werden. Durch das Embargo werde allein die Zivilbevölkerung bestraft, ohne dass dadurch das irakische Regime geschwächt werde, hiess es weiter.

Prozess gegen 13 Juden vertagt



TEHERAN: Nach nur einer Stunde ist am Donnerstag in Iran der Prozess gegen 13 Juden verschoben worden, denen Spionage für Israel und die USA vorgeworfen wird. Ein neuer Termin für die Verhandlung im Revolutionsgericht von Schiras im Süden des Landes wurde zunächst nicht genannt. Die Anwälte der iranischen Angeklagten hatten um Verschiebung wegen des jüdischen Osterfestes (Pessach) gebeten, wie ein Justizsprecher sagte. Drei der Angeklagten, die gegen Kaution auf freiem Fuss gesetzt worden waren, waren nicht in Schiras erschienen. Den 13 Juden droht die Todesstrafe. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Vor dem Gebäude versammelten sich Hunderte von Menschen, unter ihnen Angehörige und Diplomaten aus der Schweiz, den Niederlanden und Südafrika. Die jüdische Gemeinde Irans hat rund 27 000 Mitglieder. Das iranische Strafgesetz sieht ausdrücklich die Todesstrafe bei Spionage für die USA und Israel vor.

Fall Elian: Clinton meldet sich zu Wort

WASHINGTON: Im Sorgerechtsstreit um den kubanischen Flüchtlingsjungen Elian Gonzalez hat sich am Donnerstag der amerikanische Präsident Bill Clinton zu Wort gemeldet. Kurz vor Ablauf der den Verwandten Elians gesetzten Frist zur Übergabe des Jungen an seinen Vater erklärte Clinton vor Journalisten in Washington, im Fall Elian müsse das Prinzip des Rechts Gültigkeit behalten. In dem Streit gehe es exakt um dies Prinzip. Er selbst habe alles getan, um sich aus dem Streit heraus zu halten, der längst in den USA wie auf Kuba eine politische Dimension angenommen hat. Der Vater Elians, ein Kubaner, wartet in Washington auf seinen Sohn, der als Schiffbrüchiger in die USA gekommen war und auf der Flucht von Kuba seine Mutter beim Untergang des Schiffes verloren hatte. Seine Verwandten in Florida, die ihn aufnehmen, verweigern die Übergabe des Jungen an den Vater. Sie wollen ihn in den USA behalten, weil Elian dort ein besseres Leben habe. Die amerikanische Justizministerin Janet Reno hatte am Mittwoch vergeblich versucht, die Angehörigen Elians zum Einlenken zu bewegen. Nach Ablauf der Frist am Donnerstag (20.00 Uhr MESZ) droht die zwangsweise Überstellung des Jungen.

Georgien: Todesstrafe wird abgeschafft

STRASSBURG: Als eines der letzten Länder Europas wird nun auch Georgien die Todesstrafe abschaffen. Wie der Europarat in Strassburg mitteilte, ratifizierte Georgien am Donnerstag das europäische Protokoll zur Abschaffung der Todesstrafe, das in dem Land am 1. Mai in Kraft tritt. Vier der 41 Europaratländer – Polen, Russland, Albanien und die Türkei – haben das Protokoll bisher nicht ratifiziert; die Türkei ist das einzige Mitgliedsland des Europarates, welches das Protokoll bisher auch nicht unterzeichnete.

Fujimori verpasst Mehrheit

Fujimori muss sich einer Stichwahl stellen

LIMA/WASHINGTON: Über den künftigen Präsidenten Perus wird in einer Stichwahl entschieden. Amtsinhaber Alberto Fujimori verfehlte die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang hauchdünn.

Fujimori kam nach Angaben der Wahlkommission in Lima vom Mittwochabend (Ortszeit) auf 49,89 Prozent der Stimmen. Auf seinen schärfsten Widersacher Alejandro Toledo entfielen nach Auszählung von knapp 98 Prozent der abgegebenen Stimmen 40,31 Prozent.

Das amtliche Endergebnis der Wahl vom Sonntag steht nach Angaben der Wahlkommission erst fest, wenn auch die im Ausland abgegebenen Stimmen ausgezählt sind. Doch auch mit den noch ausstehenden Stimmen könnte Fujimori nicht mehr die erforderliche absolute Mehrheit erreichen.

Indem der Weg für eine zweite Wahlrunde im Mai oder Anfang Juni frei wurde, entspannte sich die innenpolitische Lage. Sie hatte sich durch einen als äusserst unfair kritisierten Wahlkampf Fujimoris, durch zahlreiche Unregelmässigkeiten am Wahltag und durch eine ungewöhnlich langsame Auszählung der Stimmen zugespitzt.

Internationale Beobachter und Toledo selbst hatten Fujimori Wahlbetrug vorgeworfen. Die USA und EU-Botschafter hatten Fujimori dringend davor gewarnt, eine Stichwahl zu verhindern.

Jubel in Lima

Das Verfehlen der direkten Wiederwahl Fujimoris wurde von Zehntausenden von Menschen in der



Das Verfehlen der direkten Wiederwahl Fujimoris wurde von Zehntausenden von Menschen in der Hauptstadt Lima bejubelt.

Hauptstadt Lima bejubelt. «Demokratie hat über Betrug gesiegt», sagte Toledo vor seinen Anhängern. «Wir wollen einen sauberen zweiten Wahlgang», sagte der 54-jährige Harvard-Absolvent vom Balkon eines grossen Hotels. Toledo zeigte sich dort mit seiner belgischen Frau, seiner Tochter und den anderen Präsidentschaftskandidaten der Opposition. Diese hatten zwar nur äusserst geringe Stimmenanteile erzielt, verfügten aber zum Teil über eine gut organisierte Parteibasis.

Das US-Aussenministerium in

Washington begrüsst das Wahlergebnis ausdrücklich. «Wir befürworten, dass kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errungen hat», sagte ein Vertreter des Ministeriums.

«Es ist ein erster Schritt in Richtung der Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit», sagte er. Das Aussenministerium forderte die Regierung in Lima auf, für die Stichwahl das höchstmögliche Mass an Transparenz zu gewährleisten. Davon hingen die Legitimität und die Glaubwürdigkeit des nächsten

Staatschefs ab. Der neue Staatschef tritt sein Amt am 28. Juli für fünf Jahre an. Politische Beobachter räumten Toledo eine reelle Chance auf den Sieg ein.

Toledo, der sich vom Schuhputzer zum Weltbankfunktionär emporgearbeitet hat, ist der erste politische Opponent Fujimoris, der fast alle Gegner des japanischstämmigen Präsidenten um sich scharen kann. Er betonte, ohne den «massiven Wahlbetrug der Regierung» wäre er schon in der ersten Runde auf 56,8 Prozent gekommen.

Gefangenenrevolte im Kosovo

KFOR befreit Direktor - Inter-religiöse Gemeinschaft für Menschenrechte gegründet

PRISTINA/PRIZREN: Inhaftierte Kosovo-Albaner haben in einem Gefängnis in der Stadt Prizren den Direktor als Geisel genommen und den Mann erst nach einem Einsatz der deutschen KFOR-Militärpolizei freigelassen.

Etwa 20 Gefangene hätten den Leiter der Anstalt am Mittwoch in ihre Gewalt gebracht, teilte die KFOR

am Donnerstag in Pristina mit. Ein Sprecher der UNO-Polizei in Pristina sagte, die Revolte habe ihre Ursache in den Haftbedingungen gehabt, gegen die protestiert worden sei.

Acht Gefangene wurden vernommen. Eine Untersuchung sei eingeleitet worden, teilte ein deutscher Offizier in Prizren mit.

Unterdessen haben sich die reli-

giösen Führer von Moslems, Katholiken und Orthodoxen im Kosovo zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verpflichtet. Dazu sei am Donnerstag in Pristina ein interreligiöser Rat gegründet worden, erklärten die Kirchen und Glaubensgemeinschaften auf einer Pressekonzferenz.

Die Religionsführer verurteilten

in einem Fünf-Punkte-Plan Gewalt und Verletzungen der Menschenrechte.

Nach dem Treffen hiess es, es gebe eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit. So solle der demokratische Aufbau in den Kommunen unterstützt werden. Gemeinsam solle auch der Wiederaufbau von zerstörten Kirchengebäuden angegangen werden.

Starke Zugewinne der MDP

Südkoreas Oppositionspartei bleibt stärkste Kraft im Parlament

SEOUL: Bei den Parlamentswahlen am Donnerstag in Südkorea hat die Partei von Präsident Kim Dae Jung ihr Ziel verfehlt, stärkste Fraktion zu werden. Dennoch konnte Kims Demokratische Millenniumspartei (MDP) starke Zugewinne verbuchen.

Nach Auszählung von mehr als 95 Prozent der Stimmen in 227 Wahlkreisen hatte die MDP Aussicht auf 115 der insgesamt 273 Sitze im Parlament. Die Grosse Nationalpartei (GNP) von Oppositionsführer Lee Hoi Chang bleibt danach mit vermutlich 132 Abgeordneten stärkste Kraft in der neuen Volksvertretung.

Das berichtete die staatliche Wahlkommission am Freitagmorgen (Ortszeit). Politische Beobachter schlossen nicht aus, dass die MDP erneut versuchen wird, einen Koalitionspartner an sich zu binden. Ein Bündnis mit den Vereinten Liberal-Demokraten (ULD), die den vorliegenden Ergebnissen zufolge mit 19 Sitzen drittstärkste Kraft wird, wurde im Februar aufgelöst. Nach Angaben der Wahlkom-

mission lag allerdings die Wahlbeteiligung bei einem Rekordtiefstand. Die geringe Beteiligung von 57,2 Prozent der 33,5 Millionen Stimmberechtigten wurde auf die allgemeine Politikverdrossenheit im Land zurückgeführt. Als weiteren Grund wurde genannt, dass erstmals Informationen über Vorstra-

fen und Steuervergehen von Kandidaten über das Internet allgemein zugänglich gemacht wurden.

Test für Reformkurs

Die Wahlen galten auch als Abstimmung über die Reformpolitik von Präsident Kim. Von der Wahl erhoffte sich die Regierung ein kla-

res Mandat zur Fortsetzung ihres Reformkurses. Seit Kims Amtsantritt im Februar 1998 konzentrierte sich die Regierung vor allem auf die Reformierung der krisengeschüttelten Wirtschaft. Nach einer schweren Rezession im Gefolge der Asien-Krise war die Wirtschaft im vergangenen Jahr wieder um 10,7 Prozent gewachsen. Von den 273 Sitzen im Parlament wurden 227 direkt gewählt. Die übrigen 46 Mandate werden nach dem Verhältniswahlrecht vergeben. Die konservative GNP stellte im bisherigen Parlament mit 122 Mandaten die stärkste Fraktion vor der MDP mit 98.

Vor Gipfeltreffen

Die Wahlen standen unter dem Eindruck des geplanten Gipfeltreffens mit dem kommunistischen Nordkorea. Nach der überraschenden Ankündigung der Regierung vom Montag, dass Präsident Kim im Juni zu einem historischen Gipfel mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Il nach Pjöngjang reisen werde, hatten Experten einen Bonus für die MDP erwartet.



Die Wähler waren aufgerufen, ein neues Parlament zu bestimmen.